

PRESSE Information

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

nachfolgend bieten wir Ihnen eine Meldung an.

Stefanie Hubig (SPD), Ministerin für Bildung in Rheinland-Pfalz, gab heute, 06.06.19, dem Südwestrundfunk ein Interview zum Thema: „**Kultusministerkonferenz**“
Das „SWR Tagesgespräch“ führte Florian Rudolph.

Mit freundlichen Grüßen
Zentrale Information

SÜDWESTRUNDFUNK

Anstalt des öffentlichen Rechts
Radio · Fernsehen · Internet

Multimediale Chefredaktion
Zentrale Information
SWR Tagesgespräch

Postadresse 76522 Baden-Baden
Hausadresse Hans-Bredow-Straße
76530 Baden-Baden

Telefon 07221/929-23981
Telefax 07221/929-22050

Internet www.swr2.de

Datum: 06.06.2019

Rlp-Bildungsministerin Hubig verteidigt Abituraufgabenpool der Länder

Baden-Baden: Die rheinland-pfälzische Bildungsministerin Hubig, SPD hält den Abituraufgabenpool der Länder trotz der Proteste gegen die Matheprüfungen nicht für gescheitert. Er geht auf eine Entscheidung der Kultusministerkonferenz aus dem Jahr 2012 zurück und soll die Hochschulreife in den Ländern vergleichbarer zu machen.

Hubig betonte im SWR, die Kultusministerkonferenz lasse den Ländern Spielraum, die Noten nachträglich aufzuwerten, wie das in Hamburg und Bremen geschehen sei. Hubig betonte, Rheinland-Pfalz habe mit dem Aufgabenpool sehr gute Erfahrungen gemacht. Hier habe es kaum Klagen gegeben, weil die umstrittene Aufgabe für die Mathe-Prüfungsklausur nicht ausgewählt worden sei.

Die Kultusministerkonferenz werde den Aufgabenpool, der bislang Mathematik, Deutsch, Englisch und Französisch umfasst, um die Naturwissenschaften erweitern. Ziel müsse bleiben, eine Vergleichbarkeit der Abituranforderungen sicherzustellen. Bisher gebe es in den Ländern noch unterschiedlich lange Bearbeitungszeiten für die Schülerinnen und Schüler. Diese müssten perspektivisch angepasst werden.

Hubig betonte, dass der Aufgabenpool verbindlich sei. Das werde die Kultusministerkonferenz in Wiesbaden bestätigen und sich darüber Gedanken machen, wie sichergestellt werden kann, dass die Abituraufgaben aus dem Pool ab 2021 möglichst ohne Modifikationen umgesetzt werden können. Wenn das nicht funktioniere, müsse man überlegen, ob Länder kurzzeitig aus dem Pool aussteigen dürfen, sagte Hubig dem SWR.

Wortlaut des Live-Gesprächs:

Rudolph: Die Mathe-Aufgaben waren zu schwer – so haben das zumindest zehntausende Abiturienten bundesweit empfunden und Online-Petitionen unterschrieben, vor allem in Bayern, aber kaum in Rheinland-Pfalz. Was war bei Ihnen denn anders als so ziemlich überall im Rest der Republik?

Hubig: Die hauptumstrittenste Aufgabe war die in der Stochastik und wir haben aus dem Aufgabenpool eine Aufgabe genommen, die gerade eben nicht Stochastik war und die war für alle gut und angemessen.

Rudolph: Können Sie denn das nachvollziehen? Waren die kritisierten Aufgaben zu schwer?

Hubig: Also es haben ja verschiedene Länder sich jetzt die Aufgaben angeguckt und Bremen und Hamburg sind zu dem Ergebnis gekommen, nach Überprüfungen der Aufgaben, dass die in dem grundlegenden Bereich bei den Grundkursen offenbar zu schwer gewesen sind und haben dann auch entsprechende Anpassungen jetzt vorgenommen bei der Bewertung.

Rudolph: Wo Sie Hamburg und Bremen ansprechen: War es richtig, dass diese Bundesländer, auch das Saarland, entschieden haben, die Noten nachträglich aufzuwerten?

Hubig: Also die Kultusministerkonferenz empfiehlt in solchen Fällen, wenn die Noten deutlich von den Klausurergebnissen der vergangenen Jahre abweichen, dass dann eben länderspezifische Maßnahmen ergriffen werden können und auch ergriffen werden sollen. Insofern ist das ganz normal das Prozedere auch, dass die Kultusministerkonferenz empfiehlt.

Rudolph: Der gemeinsame Pool, aus dem die umstrittenen Aufgaben stammen, geht auf eine KMK-Entscheidung von 2012 zurück und sollte die Hochschulreife in den Ländern ja vergleichbarer machen. Teilen Sie die Sicht des deutschen Lehrerverbandes, dieser Aufgabenpool sei komplett gescheitert?

Hubig: Nein, ich glaube, dass der Aufgabenpool sehr wichtig ist und sehr gut ist und wir entwickeln ihn auch weiter. Wir haben ihn jetzt für Mathematik, für Deutsch, für Englisch und Französischen. Das heißt, seit 2017 bedienen wir uns mit Aufgaben aus diesem Aufgabenpool. Wir haben in Rheinland-Pfalz sehr, sehr gute Erfahrungen damit gemacht und wir bauen jetzt, die KMK baut diesen Aufgabenpool auch für die Naturwissenschaften weiter aus. Es ist klar, dass es immer wieder Abstimmungsnotwendigkeiten gibt, das ist auch kein Wunder, bei 16 verschiedenen Schulsystemen, aber wie nähern uns da sehr stark an und haben da, finde ich, einen sehr starken, zentralen Aufgabenpool, der den Bildungsstandards in Deutschland entspricht.

Rudolph: Wenn wir nochmal vom zentralen Ansatz ausgehen, dass man eine Vergleichbarkeit schaffen will: Wenn jetzt einige Länder den Pool gar nicht in Anspruch nehmen oder öffentlichem Druck nachgeben, sind zwangsläufig diejenigen nicht im Nachteil, die sich an den Pool halten?

Hubig: Das ist natürlich ein ganz zentraler Diskussionspunkt, wie stark man sich an diesen Pool hält und wir sind uns als Länder einig, dass wir da wirklich alle das gleiche machen. Das wir aber an der ein oder anderen Stelle eben auch mal gucken müssen, wie modifiziert werden muss, wenn zum Beispiel die Aufgabenzeiten. Es sind unterschiedlich lange Bearbeitungszeiten, die Schülerinnen und Schüler in den Ländern haben. Die müssen perspektivisch angepasst werden. Da haben wir uns auch auf den Weg gemacht und auf diesem Weg sozusagen, bis wir dahin kommen, muss es an der ein oder anderen Stelle auch möglich sein, kleinere Modifikationen vorzunehmen. Aber wir haben insgesamt die gleichen Aufgaben, mit den gleichen Bearbeitungsstandards.

Rudolph: Welche Diskussionen oder möglicherweise auch Entscheidungen erwarten Sie den von der Kultusministerkonferenz zum Aufgabenpool? Ihn verbindlich machen oder ihn modifizieren, ihn abschaffen?

Hubig: Also, der Aufgabenpool ist verbindlich und ich bin überzeugt davon, dass wir auf der KMK auch weiterhin für verbindlich bestätigen oder als verbindlich bestätigen werden. Wir werden uns gemeinsam Gedanken darüber machen, wie wir die Zeit bis 2021 sozusagen

sinnvoll verbringen und dahin gehen, dass wir alle dann ab 2021 die Aufgaben ohne Modifikation möglichst umsetzen können und wenn das nicht geht, dann müssen wir uns überlegen, ob dann Länder kurzzeitig aus dem Pool aussteigen oder ob sie bestimmte Modifikationen, geringe Modifikationen vornehmen dürfen. Aber das Ziel ist, Einheitlichkeit und gemeinsam diesen Aufgabenpool so umzusetzen, wie wir das übrigens schon seit 2017 tun und das funktioniert wirklich sehr gut.

Rudolph: Die Sommerferien sind nun nicht mehr weit. Es war immer eine viel kritisierte Praxis Vertretungslehrer in die Arbeitslosigkeit zu schicken. In Rheinland-Pfalz gilt ja die Regelung, dass weiterbezahlt werden soll, wenn bestimmte Voraussetzungen erfüllt sind. In Baden-Württemberg bleibt man dabei, Verträge bis zu den Sommerferien zu befristen. Haben Sie dafür Verständnis?

Hubig: Wir haben in Rheinland-Pfalz zu diesem Schuljahr entschieden, dass wir die Lehrkräfte durchzahlen, während der Sommerferien. Es war immer ein langer Diskussionspunkt. Ich habe das für richtig gehalten, dass Lehrkräfte, die keinen dauerhaften Vertrag haben, Sicherheit bekommen, auch über die Sommerferien hinweg. Ich glaube, dass ist wichtig für die Planbarkeit und es ist auch ein Gebot der Fairness.

Rudolph: Gestartet ist Mitte Mai der Digitalpakt Schule. Mehr als fünf Milliarden Euro können in den nächsten Jahren abgerufen werden, um Schulen mit zeitgemäßer IT-Technik auszustatten, um Lehrerinnen und Lehrer für den Umgang mit digitalem Lernen weiterzubilden. Es gibt jetzt Forderungen von den Grünen, dass könne nur der erste Schritt für mehr Kooperation in der Bildung sein. Wie sieht denn das die Kultusministerkonferenz?

Hubig: Wir sind alle oder weitestgehend, es gibt einzelne B-Länder, die nicht der Auffassung sind, dass wir das Kooperationsverbot sozusagen abschaffen sollten. Wir, die Mehrheit, sind der Auffassung, dass der Bund stärker in die Pflicht genommen werden muss. Der Bund muss bei der Bildung mitbezahlen. Das ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe und wenn wir die Aufgaben und die Herausforderungen, die vor uns stehen, Digitalisierung, aber auch Schulbau, bessere Ausstattung der Schulen, wenn wir die gemeinsam stemmen wollen, dann brauchen wir den Bund da und da ist es richtig und gut, dass der Bund da auch in die Verantwortung genommen wird. Deshalb lieber mehr Kooperation als weniger.

- Ende Wortlaut -